



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Reichsspiegel

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Reichs Spiegel

Der Kampf der christlichen Gewerkschaften

Die christlichen Gewerkschaften sind seit längerer Zeit in den schwersten Kampf ihres Daseins verwickelt worden; sie müssen ihn nach verschiedenen Fronten führen und hierbei eine so überaus geschickte Diplomatie und Taktik, dabei aber auch so viel Tatfrische und Rücksichtslosigkeit geltend machen, daß, wenn sie mit dem Leben davonkommen, ihrer Führung nur das höchste Lob zugesprochen werden kann. Sie stehen mit ihren dreieinhalb Hunderttausend Mitgliedern der gewaltigen Macht der sozialdemokratischen freien Gewerkschaften gegenüber, die über zweieinhalb Millionen Mitglieder stark sind und mit ihrem Terrorismus alles in ihren Bann zu ziehen suchen. Es besteht außerdem für sie Gefahr, daß sie an die „gelben“, wirtschaftsfriedlichen Organisationen einen Teil ihrer Leute verlieren, weil die wirtschaftsfriedlichen realpolitischen Grundsätze und Erfolge den Arbeitern mehr einleuchten, als der ununterbrochene Klassenkampf und die sozialistischen Zukunftsphantasien. Mögen sich auch die Christlichen in den letzten Jahren mehr und mehr von der radikalen Methode, in der sie doch mit den Sozialdemokraten nicht konkurrieren können, abgewandt haben, so ist der Zuzug zu den Gelben immerhin stark genug, daß er auch ihnen Schaden zufügt, und das würde sich verstärken, je mehr sich die Christlichen wieder der Sozialdemokratie nähern würden. Die Zwickmühle entsteht dadurch, daß, wenn sie nach der wirtschaftsfriedlichen Seite Konzessionen machen, ihr linker Flügel zur Sozialdemokratie übergeht, und wenn sie sich den Roten nähern, ihr rechter Flügel zu den Wirtschaftsfriedlichen abbrückt. Das ist der eine Konflikt.

Der andere ist durch die kirchlich-konfessionellen Verhältnisse und durch die Beziehungen der Christlichen zur Zentrumspartei hervorgerufen. Auch hier ist eine Zwickmühle entstanden. Die Christlichen bestehen hauptsächlich aus katholischen Arbeitern, nur etwas mehr als ein Fünftel ist evangelisch. Aber auf diese Minderheit muß Rücksicht genommen werden, weil sonst der interkonfessionelle Verband der christlichen Gewerkschaften gesprengt werden würde und seine Teile an die rein konfessionellen Arbeitervereine, an die evangelischen, die jetzt schon 175 000 Mitglieder umfassen, oder an die katholischen mit ihren 600 000 Mitgliedern abgeben müßten. Man kann an diesen Zahlen nicht achtlos vorübergehen; sie ver-

deutlichen die verhältnismäßige Enge der Bewegungsfreiheit der christlichen Gewerkschaften gegenüber ihren Konkurrenten rechts und links. Sind sie in konfessionellen Fragen zu konnivent gegenüber den Evangelischen, so bekommen die katholischen Arbeitervereine, Sitz Berlin, und andere katholische Fachabteilungen Oberwasser. Werden die römischen Forderungen überspannt, so ist die Sezession unvermeidlich. Hierauf spekuliert z. B. die Sozialdemokratie, die gelegentlich den Beruf als evangelischen Zionswächter ergreift und die Minderheit gegen die Mehrheit aufhebt.

Akt ist dieser Zwiespalt geworden mit der päpstlichen Enzyklika „Singulari quadam“ vom Jahre 1912, worin gesagt worden war, daß die soziale Frage und die mit ihr verknüpften Streitfragen über Charakter und Dauer der Arbeit, über die Lohnzahlung, über den Streik nicht rein wirtschaftlicher Natur seien und nicht mit Hintansetzung der kirchlichen Obrigkeit beigelegt werden können, daß im Gegenteil die soziale Frage in erster Linie eine sittliche und religiöse sei und deshalb vornehmlich nach dem Sittengesetz und vom Standpunkt der Religion gelöst werden müsse. Es war weiter darin erklärt worden, daß solche Arbeitervereinigungen am meisten zu billigen und die bestgeeigneten seien, die hauptsächlich auf der Grundlage der katholischen Religion aufgebaut sind und der Kirche als Führerin offen folgen. Die katholischen Fachabteilungen, die hiermit gemeint sind, erhalten in der Enzyklika besonderes Lob. Es wird aber den zu den christlichen Gewerkschaften neigenden Katholiken zugestanden, zur Erstrebung besserer Lebensverhältnisse, billigerer Bedingungen für Lohn und Arbeit oder zum Zweck anderer berechtigter Vorteile gemeinschaftlich mit Nichtkatholiken, unter Anwendung von Vorsicht, für ihre gemeinsamen Interessen zu arbeiten. Vorzuziehen sei freilich ein Kartell der katholischen und nicht katholischen Vereinigungen. Für Deutschland wird besonders erklärt, daß es geduldet und den Katholiken gestattet werden könne, den gemischten Vereinigungen sich anzuschließen, solange nicht wegen neu eintretender Umstände diese Duldung aufhört, zweckmäßig oder zulässig zu sein. Also nur widerruflich; außerdem werden Vorsichtsmaßregeln empfohlen, deren Art nicht angegeben wird; immerhin wird die eine bekanntgemacht, daß die katholischen Mitglieder der Gewerkschaften zugleich den katholischen Fachvereinen angehören müssen. Die Gewerkschaften müssen sich auch von allem fernhalten, was grundsätzlich oder tatsächlich mit der Lehre und den Geboten der Kirche wie der zuständigen kirchlichen Obrigkeit nicht im Einklang stehe, ebenso ist alles in Schrift oder Reden oder Handlungen zu vermeiden, was aus diesem Gesichtspunkt tadelnswert ist. Die Bischöfe haben in dieser Hinsicht die Gewerkschaften zu überwachen.

Über diese Enzyklika waren die katholischen Gewerkschaftsmitglieder stark beunruhigt. Sie verlangten von den kirchlichen Oberen völlige organisatorische Entschließungsfreiheit in der Beurteilung von Lohnbewegungen und Streiks und verwarfen die geistliche Beaufsichtigung der gewerkschaftlichen Beschlüsse und Einzelaktionen. Sie erwiderten, daß die Gewerkschaften nicht etwa geistliche Beiräte mitbringen könnten bei den Verhandlungen mit den Unternehmern. Das Eingreifen von geistlichen Arbeiterpräsidenten in Lohnkämpfe habe durchweg für den Einfluß der Kirche einen ungünstigen Ausgang genommen. Als Gegengabe bieten die christlichen Gewerkschaften, daß sie den Arbeitern, die das sozialdemokratische Klassenkampfsprinzip verwerfen, eine gewerkschaftliche Betätigung ermöglichen, ohne

daß sie ständig mit ihren religiös-sittlichen Grundsätzen und vaterländischen Idealen in Gewissenskonflikte kommen, daß sie, wie der Gewerkschaftsführer Stegerwald auf dem Essener Kongreß der christlichen Gewerkschaften ausgeführt hat, mit dem Wort „christlich“ von vornherein zwischen sich und der sozialdemokratischen Richtung klar erkennbare Grenzpfähle aufstecken, um die Bewegung vor sozialistischer Unterminierung zu schützen. Im übrigen wollen sie nicht mehr als alle anderen wirtschaftlichen Organisationen unter kirchlicher Aufsicht stehen.

Mit dieser Interpretation der Enzyklika hat sich ein Teil der deutschen Bischöfe einverstanden erklärt und es ist daher tatsächlich unrichtig, wenn die Sozialdemokratie erklärt, den christlichen Gewerkschaften seien von der Kirche die Sehnen durchschnitten und sie seien an die Kette Roms gelegt worden. Wenn sie einem Gegensatz der autoritativen Politik der Kurie und der selbständigen Tätigkeit des Volkes und seiner Glieder feststellt, so wird das wohl seine Richtigkeit haben; aber auch die Gewerkschaften haben sich ihre Selbständigkeit bewahrt und dabei die Anerkennung eines Teiles der deutschen Bischöfe gefunden. Die Sozialdemokratie will die Abhängigkeit der Gewerkschaften mit ihrer Haltung beim letzten Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier beweisen; da hätten die Bischöfe und die Kurie mit den Unternehmern im Bunde gestanden und die Christlichen wären zahm gemacht worden. Diese Räubergeschichten sind durch den Kölner Prozeß ad absurdum geführt. Der Streik war durch und durch ungewerkschaftlich, eine Nachtprobe des Alten Verbandes und ein Sympathiestreik für die englischen Bergarbeiter; nach der ganzen Anlage und Begründung als frivol zu bezeichnen. Aus ihm lassen sich hinsichtlich der mangelnden Unabhängigkeit der Christlichen gar keine Schlüsse ziehen.

Der deutsche Episkopat ist in der Gewerkschaftsfrage nicht einig. Kardinal Kopp in Breslau kämpft gegen die Kölner Richtung und gegen die Bischöfe des westlichen Industriegebietes, die, um dem Kampf eine etwa gegen den Papst gerichtete Spitze zu nehmen, die päpstliche Enzyklika nochmals sinn- und wortgetreu ihren Diözesanen bekanntgegeben haben, im übrigen aber den Gewerkschaften keine beengende Vorschriften machen. Die Zentrumspartei hat sich auf die Seite der christlichen Gewerkschaften gestellt und der Quertreiberei nicht nur scharfe Worte zuteil werden lassen, sondern auch kräftige Taten angedroht. Die politische Linie des Zentrums ist ziemlich klar. Die Partei kann eine konfessionelle Absperrung und eine römische Intransigenz zurzeit nicht brauchen. Die Partei leitet in Gemeinschaft mit anderen wichtigen Gruppen und Faktoren die deutsche Reichspolitik und erreicht dabei doch auch manches für ihr kirchliches Ideal. Diese beherrschende Stellung einer Minderheitspartei wäre unerträglich und bald erschüttert, wenn sie sich mit den starren, unversöhnlichen Formen des Kurialkatholizismus umgeben würde, wie es das Ideal der Berlin-Breslauer Richtung zu sein scheint. Darum steht das Zentrum zu den christlichen Gewerkschaften, die damit einen starken Rückhalt bekommen. Weitergehende Schlüsse kann man aus all diesen Vorgängen über innere Umwandlung des Zentrums, über das Vordringen des Laienelements in der katholischen Kirche, sowie auch über Umgestaltung der christlich-nationalen Arbeiterbewegung zurzeit nicht ziehen, ohne den Boden der Tatsachen unter den Füßen zu verlieren. Man darf eben nicht vergeffen, daß wir in der Mitte, nicht am Ende weitgreifender kultureller und

sozialer Kämpfe stehen. Sie beeinflussen natürlich auch die katholische Kirche und alle ihre Nebenorganisationen, und so kann sich mit Unpassung und Abwehr die Entwicklung des Streites noch lange hinziehen. Die Sympathien des deutschen Volkes sind hierbei unzweifelhaft auf der Seite der christlichen Gewerkschaften.

Ein demokratischer Leitfaden

In acht gewaltigen Aufsätzen, kaum einer unter vier Spalten lang, hat die Frankfurter Zeitung in den letzten Wochen den preußisch-deutschen „Militärstaat“ moralisch vernichtet und sich angeschickt, an seiner Stelle den deutsch-frankfurtischen „Bürgerstaat“ aufzurichten. Augenscheinlich haben sich die feinsten Köpfe Frankfurts zusammengetan, um eine Art Leitfaden für die deutsche Demokratie bei der Bekämpfung des Militarismus zustande zu bringen. Wenn es nichts Besseres geworden ist, als eine mittelmäßige und, wie wir glauben, nicht sehr wirkungsvolle Broschüre — an Eifer hat es nicht gefehlt. Die Frankfurter Herren sind sich aber, wie sich an verschiedenen Stellen ihrer Artikel zeigt, selber darüber klar, daß im Bürgertum der Boden für ihre Aussaat nicht empfänglich ist. Sie müssen es sich eingestehen — sie tun es natürlich nur mit bitteren Glossen gegen den stumpfen Bürgerfinn —, daß Bayern schließlich auf die Bevölkerung ganz anders gewirkt hat, als die Demokratie in der ersten Hitze erhoffte. Man glaubte zu einem vernichtenden Schläge gegen den „Militarismus“ auszuholen zu können, und man findet nun, daß die Ansichten der Demokratie über unser Heer sich mit den Anschauungen des Bürgertums keineswegs decken. Man glaubte, die Baberner Vorgänge als drohende Anzeichen gefährlichen Prätorianergeistes brandmarken und generalisieren zu können. Und man erkennt jetzt, daß die Bevölkerung Rückschlüsse von vereinzelt Vorkommnissen auf den Geist der gesamten Armee ablehnt, daß sie sich absolut nicht bedroht fühlt und das gute Verhältnis zwischen Volk und Heer sorgsam weiter pflegen will. Die Demokratie, und mit ihr die Frankfurter Zeitung, hat sich über die Seelenstimmung des Volkes in einem fundamentalen Irrtum befunden, und die Frankfurter Zeitung tut ein übriges, indem sie diesem Irrtum noch ein literarisches Monument setzt.

Ein anspruchsvolles Monument. Zunächst wird uns militär-historisch bewiesen, daß unser heutiges Heer den Ideen nicht entspricht, die bei der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht Pate gestanden haben. Mag sein. Es ist wohl manches anders geworden, als man es sich damals gedacht hat. Nur soll sich doch nicht unsere Demokratie als der wahre Erbe des militärischen Reformgeistes der Scharnhorst und Gneisenau ausgeben. Die Reformen der Befreiungsjahre würden auf die demokratischen Verunglimpfungen unseres Heeres Antworten haben, „scharf wie gehacktes Eisen“.

Nach der Armee kommt „die Vormacht Preußen“ dran. Frisch und fest wird behauptet, das preußische Herrenhaus habe klar und offen die Forderung aufgestellt, daß Preußen das Reich als seine Provinz behandeln müsse. Und den maßgebenden Stellen in Preußen wird nachgefragt, daß sie die preußische Eigenart und die Organisation des preußischen Staates in bewußten Gegensatz zu der des Reiches stellen. Mit derartig böswilligen Verdrehungen dient man am allerwenigsten dem an sich richtigen Gedanken, daß eine gesunde „Aquilibration“ zwischen Preußen und dem Reich dauerndes Erfordernis unserer Politik ist, ein

Gedanke, den der Reichskanzler im Herrenhaus eingehend in allen Konsequenzen erörtert hat. Was aber hier in der Frankfurter Zeitung vertreten wird, kommt weniger auf „Aquilibration“ als auf Demolierung hinaus.

Zimmerhin wirken diese Auslassungen noch staatsmännisch gegenüber einer weiteren Gedankenreihe, in der allen Ernstes die Elbe als der Grenzstrich zwischen dem „west-süddeutschen Bürgerstaat“ und dem „preussisch-nordöstlichen Militärstaat“ bezeichnet wird. In Zabern habe nicht das elsäß-lothringische Reichsland gegen den deutschen Geist revoltiert (mit solchen Anschauungen identifiziert man sich bekanntlich auch nicht auf konservativer Seite), sondern „der Geist des ostelbischen Koloniallandes revoltiert gegen den Geist des Mutterlandes und sucht ihn zu unterwerfen.“ Soweit sind wir nun also gekommen! Der vielgenannte Zaberner Leutnant ist der böse Genius Osteliens und der Zaberner Sanhagel der gute Engel des übrigen Deutschland. Deutschland durch den Elbstrich in ein helles und ein dunkles Land geteilt! Der Herr, der hier die Feder geführt hat, scheint nur nachts im Schlafwagen ostelbisches Land passiert zu haben, weil er in der Furcht lebte, daß gleich hinter der Elbe die Barbarei beginnt. Er meint, das Kolonialland östlich der Elbe sei schlecht erobert worden. Zum zweitemal, wie vor achthundert Jahren, müsse das „Mutterland“ jetzt seine Pioniere, aber jetzt friedliche Eroberer, Bauern, Kaufleute und Kapital, nach dem Osten schicken. Von der riesigen Kulturleistung, die im deutschen Osten durch den preussischen Staat, und zwar gegen den hartnäckigsten Widerstand der Demokratie, für Deutschland geleistet worden ist, hat er keine Ahnung. Mit einer ähnlichen Ignoranz und Überhebung ist über das Deutschland diesseits der Elbe seit langem nicht geschrieben worden. Wie ist es möglich, daß man sich im Westen des Reiches derartige Torheiten ohne Widerspruch bieten läßt?

Des weiteren werden wir über die Schäden der militärischen Staatszucht, der Übertragung militärischer Methoden auf bürgerliche Verhältnisse belehrt. Als Kardinalfehler des deutschen Beamten wird Mangel an Noblesse bezeichnet, ganz anders als in England, wo die Noblesse soweit geht, daß der Staatssekretär sogar mit seinem Portier spricht. Wie gut kennen diese Leute englische Verhältnisse, und wie schlecht deutsche! Subalternbeamte, die für ihren Vorgesetzten durchs Feuer gehen, gibt es bei uns so gut wie in England, minder lebenswürdige Exemplare hier wie dort. Um die Integrität, Sorgfalt, Korrektheit unseres Beamtentums beneidet uns die ganze Welt. Und der Segen unserer Methode, der sich in tadelloser Verwaltung, blühenden Gewerben, sauberen Städten ausdrückt, lockt immer neue Interessenten aus dem Auslande zum Studium. Gewiß gibt es auch hier Kehrseiten. Aber den Herren von der Frankfurter Zeitung gefällt es, in Deutschland nur Kehrseiten zu sehen.

Nun nimmt man in Frankfurt eine besondere Kompetenz für die Beurteilung der elsäß-lothringischen Dinge in Anspruch. Ihnen ist auch in diesem „Leitfaden“ eine lange Betrachtung gewidmet. Es wird ganz richtig die nirgends bestrittene Wahrheit dargelegt, daß Versuche einer Zwangsgermanisierung zu nichts führen. Wir können konkrete Pflichtenfüllung, nicht nationale Gefinnung fordern, heißt es. Sehr richtig. Wir müssen aber vor allem noch eins fordern, daß nämlich dem Aufkeimen einer deutsch-nationalen Gefinnung nicht durch den französischen Nationalismus Schwierigkeiten gemacht werden. Der Nationalismus in Elsäß-

Lothringen sei bereits tot gewesen, behauptet die Frankfurter Zeitung. Das ist falsch. Er hat nur zum Teil andere Formen angenommen, sich zum Beispiel liberal-demokratisch verkleidet. Auch in den Autonomiebestrebungen, die die Frankfurter Zeitung unterstützt, ist er vorhanden. Denn der Frankfurter Zeitung wird es doch wohl nicht unbekannt sein, daß diese Autonomiebestrebungen von den nationalistisch gerichteten Elsäffern dahin geleitet werden sollen, für die Reichslande zum mindesten eine Art Mittelstellung zwischen Deutschland und Frankreich zu erlangen? Vor allen Dingen schiebt die Frankfurter Zeitung aber eine Seite der elsäß-lothringischen Frage von sich ab, die redlicherweise gar nicht übersehen werden kann. Das ist die Bedeutung Elsäß-Lothringens für die deutsch-französischen Beziehungen. Die Frankfurter Zeitung beschränkt sich darauf, zu bemerken: Eine elsäß-lothringische Frage als internationales Problem gebe es nicht, auch in Frankreich hätten sich weite Volkskreise dieses Gedankens endgültig entschlagen. Leider trifft diese Behauptung nicht zu. Frankreich betrachtet noch immer Elsäß-Lothringen als internationales Problem. Noch immer dreht sich das politische Denken in weiten Kreisen Frankreichs um Elsäß-Lothringen. Frankreich ist jederzeit darauf vorbereitet, die elsäß-lothringische Frage wieder aufzuwerfen, und wartet nur auf eine günstige Gelegenheit. Deshalb hat es auch immer seine Hand in Elsäß-Lothringen, wie bald in dieser, bald in jener Form erkennbar wird. So nahe Beobachter, wie die Frankfurter Herren, sollten sich doch darüber in keiner Täuschung befinden.

Einen Gipfel an nationaler Taktlosigkeit bilden aber die Betrachtungen über Deutschlands Stellung in Europa. Sie fallen um so mehr auf, als man im allgemeinen in der Frankfurter Zeitung vernünftige und wohlorientierte Behandlung der auswärtigen Politik findet. Hier aber bekommen wir die schmeichelhafte Note, daß wir überall in der Welt, bei sämtlichen Groß- und Kleinstaaten, auch bei unseren Bundesgenossen, unbeliebt sind. Und das von Rechts wegen, denn der Grund ist fast überall „der preußische Militarismus und seine Begleiterscheinungen“. So gründlich wie hier sind wir in unserer Hassenswürdigkeit der Welt noch niemals vorgeführt worden. Auch nicht von unseren bittersten Feinden, etwa Herrn Marx in der National Review oder Herrn Besselizky in der Nowoje Wremja. Ist denn etwa die Frankfurter Zeitung in den Konzern der deutschfeindlichen Auslandsblätter aufgenommen worden? Immerhin, am Schluß wird doch eingeräumt, daß „das Reich in seiner Idee ganz vortrefflich“ ist. Nur der preußische Korporal hat die Sache verdorben. „Man konnte das Reich stark machen, ohne rundum Mißtrauen und Abneigung zu erzeugen; man brauchte nur das militärische Preußen etwas zurücktreten zu lassen und über dem Militärstaat den umfassenden Bürgerstaat zu errichten.“ Wenn man solche, unsere Auslandsstellung diskreditierenden Betrachtungen liest, wird man daran erinnert, wie bitter es die Auslandsdeutschen beklagen, daß es gerade deutsche Zeitungen sind, die das Material zur Bekämpfung Deutschlands im Auslande liefern. Wenn etwas dazu beigetragen hat, uns unbeliebt zu machen, so sind es diese Schreibereien, die zudem nicht mal immer aus deutschen Federn stammen. Das bleibt eins der trübsten Kapitel unserer Publizistik.

Rehren wir zu dem Seilsfaden zurück. Wir sind am Schluß und erblicken nun den Demokratismus in all seinem Glanz. Alles, was nicht auf Parlaments-

herrschaft hinarbeitet, hat Mangel an echtem Staatsinn; die Debatte über Zabern mag man schließen, die Auseinandersetzung mit dem Militärstaat muß fortgesetzt und durchgeführt werden: zunächst Reichsgesetz über die militärischen Dienstvorschriften, dann Einschränkung der Militärgerichtsbarkeit, Autonomie für Elsaß-Lothringen, kurz ein vollständiges Konfliktprogramm. Es ist gut, daß man wieder einmal deutlich sieht, wohin die Demokratie will. Es ist ein Programm der Aufweichung und schrittweisen Beseitigung unserer verfassungsmäßigen Zustände. Voran aber steht der Kampf gegen Preußen.

Ernst Morik Arndt hat Kurs bei der Frankfurter Zeitung. Ihre ganze Auseinandersetzung hat sie unter ein Motto gestellt, das aus dem Katechismus für den deutschen Soldaten herausgerissen ist. Da wird man an ein anderes Wort von Arndt erinnern dürfen. Es ist in seinem von 1848 stammenden Aufsatz über Polentum und Polenbegeisterung enthalten. Er spricht in diesem Aufsatz von drei Arten von Leuten, den Unwissenden, den Narren, den Schelmen. Er fragt da, warum die Schelme ohne Maß und Ziel auf die Preußen und auf den König von Preußen schimpfen und schmähen. Und er antwortet:

„O, glaubt mir, es ist Plan in der Wut. Preußen ist die erste und jetzt die einzige Macht, um welche die Fürsten und Völker Deutschlands sich sammeln können und, wenn sie bestehen wollen, sich sammeln müssen. Gelänge es ihnen,

Werksstätten Bernard Stadler Paderborn

Zusammenarbeiten von Kaufmann, Künstler und Handwerker; im neuzeitlichen Geiste durch Max Heideich entworfene Zimmereinrichtungen; gediegen, bequem und die feinsüßig abgewogenen guten Verhältnisse der Formen. Einzelanfertigung

von durchdachter Zweckmäßigkeit und Sachlichkeit, in sich schön durch die Wirkung des Holzes

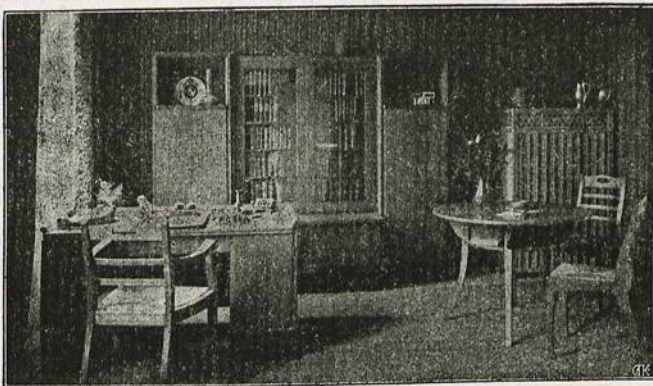
in verständnisvollem Eingehen auf besondere Wünsche. Besonders preiswert:

Bürgermöbel

Vollständige Zimmer für etwa 300 bis 1000 Mark. Teppiche, Bezug-Stoffe, Beleuchtungskörper, ausserlesenes Kunstgewerbliches Kleingerät

Lieferung frei in die Wohnung.

Preisbuch T 3 mit 170 Abbildungen Preis 1 Mark



Berlin W. 30 · Bremen · Düsseldorf · Hamburg · Leipzig
Traunsteinerstr. 6 · Georgstr. 64 · Bleichstr. 6 · Bergstraße 12/14 i. H. Aug. Polich

diese klein und verächtlich zu machen, und in der Meinung und Hoffnung der Deutschen ganz herunterzubringen, so hätten sie viel von ihrem bösen Spiel gewonnen“.

Es ist nur eine Reminiszenz aus der Paulskirchenzeit. Man möge sich aber danach vorstellen, wie Arndt mit den Herren abgefahren wäre, die jetzt in der Frankfurter Zeitung Preußen und Deutschland Mores lehren wollen. Michel

Nachdruck sämtlicher Aufsätze nur mit ausdrücklicher Erlaubnis des Verlags gestattet.

Verantwortlich: der Herausgeber George Kleinow in Berlin-Schöneberg. — Manuskriptsendungen und Briefe werden erbeten unter der Adresse:

An den Herausgeber der Grenzboten in Berlin-Friedenau, Hedwigstr. 1a.

Fernsprecher der Schriftleitung: Amt Umland 3630, des Verlags: Amt Lützow 6510.

Verlag: Verlag der Grenzboten G. m. b. H. in Berlin SW. 11.

Druck: „Der Reichsbote“ G. m. b. H. in Berlin SW. 11, Dettauer Straße 36/37.



Pädagogium

Zwischen Wasser u. Wald äusserst gesund gelegen. —
Bereitet für alle Schulklassen, das Einjährigen-,
Primaner-, Abiturienten-Examen vor. Auch Damen-
Vorbereitung. — Kleine Klassen. Gründlicher, indi-
vidueller, eklektischer Unterricht. Darum schnelles
Erreichen des Zieles. — Strenge Aufsicht. — Gute
Pension. — Körperpflege unter ärztlicher Leitung.

Waren in Mecklb. am Müritzsee.

